

BFS-TRENDINFO

2/17

Informationen für Führungskräfte der Sozialwirtschaft

Editorial

Europa

Populistische Parteien: Angst wählt Globalisierung ab

Digitalisierung

Industrie 4.0: Ohne Wohlfahrt 4.0 wird nichts daraus

Gesundheit

Menschen mit Demenz im Krankenhaus: Zwei Modellprojekte aus Hamburg

Migration

Integration fängt in der Kita an!

Bildung

Freie Alternativschulen: Lernend andere Wege gehen

Familienpolitik

Zehn Jahre Elterngeld: Und was gibt's zu feiern?

Pflege

Branchen-Dialog gegen tarifpolitische Zersplitterung!

Materialien

Die Top 10 der Zukunftsliteratur

Impressum

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wo immer in diesen Tagen Wahlen anstehen, liegen die Nerven blank. Radikale Kräfte rütteln an der Statik des politischen Systems; im Gefolge von Brexit und Donald Trump belegt der Vormarsch populistischer und rechtsnationaler Parteien in vielen europäischen Ländern eine tiefe Verunsicherung der Wähler. Was hat diesen „Wind des Zorns“ (Marine Le Pen) entfacht, worin liegt die Attraktivität von Parteien, die den Menschen simple Problemlösungen im Schoß der Nation versprechen? Ist es die Angst vor dem Abstieg, vor Einwanderung und Islamisierung? Oder ist es die Wut auf „die da oben“, auf korrupte und abgehobene Eliten, denen endlich mal ein saftiger Denkkzettel gebührt?

Dieser Frage widmet sich die Bertelmann-Stiftung in ihrer „Eupinions“-Studie, die wir Ihnen in dieser Ausgabe der BFS-Trendinfo ausführlich vorstellen. Darüber hinaus erwartet Sie wie gewohnt ein breites Themenspektrum an aktuellen Studien, Pilotprojekten und Leseempfehlungen aus dem Umfeld der Sozial- und Gesundheitswirtschaft.

Wir wünschen Ihnen eine kurzweilige Lektüre!

Ihre

Bank für Sozialwirtschaft

Europa

Populistische Parteien: Angst wählt Globalisierung ab

Mit ihrer „Eupinions“-Studie will die Bertelmann-Stiftung Licht in das komplexe Deutungsgeflecht von Globalisierungsangst und dem Erfolg populistischer Parteien in Europa bringen. Grundlage ist eine Befragung von knapp 15.000 Bürgern in den 28 EU-Mitgliedsstaaten im August 2016. Zusätzlich wurden Stimmungslage und Wahlverhalten in neun EU-Staaten, die exemplarisch für Nordwest-, Süd- sowie Mittel- und Osteuropa stehen, analysiert.* Die Befragten äußerten sich etwa dazu, ob sie die Globalisierung als Chance oder Bedrohung wahrnehmen und wie sie ihre wirtschaftliche Situation in den vergangenen zwei Jahren und in der Zukunft beurteilen.

Wertkonflikt oder Globalisierungsangst?

In der Ursachenforschung zu den aktuellen politischen Umwälzungen zieht die Studie zwei typisierende Erklärungen heran: Der erste Ansatz hält die Angst vor Globalisierung und sozialem Abstieg für ausschlaggebend. „Die Menschen unterstützen politische Außenseiter, die ihre Globalisierungsängste im Kontext ihrer wirtschaftlicher Situation und ihres Kompetenzwettstreits mit Einwanderern geschickt artikulieren“, erklärt die Studie. Der zweite Ansatz thematisiert die Verteidigung traditioneller Werte. Sie entsprechen der Sehnsucht eines Teils der Wählerschaft nach autoritären Führungspersonlichkeiten, die den Status Quo bewahren und Ordnung schaffen. Liberale Themen, die auf Gleichberechtigung (Mann und Frau, Homosexuelle), ethnische Vielfalt und

Veränderung setzen, stoßen bei diesen Wählern auf Abwehr.

Was den Populismus antreibt

„Die Ergebnisse sind eindeutig“, schlussfolgern die Studienautoren, „in Europa sind Globalisierungsängste die treibende Kraft hinter der populistischen Revolte.“ Der ideologische Wertekompass spielt dagegen eine weit geringere Rolle, auch wenn Verbindungen zwischen beiden Motiven möglich sind.

Bildungsniveau und Alter wählen mit

Die mit der Globalisierung einhergehende Verunsicherung beschert den populistischen Bewegungen innergesellschaftliche Integrationskraft und spaltet die öffentliche Meinung quer durch Europa. Eine Mehrheit von 55 % der EU-Befragten sieht internationale Verflechtungen als Chance, fast jeder zweite (45 %) aber als Gefahr: „Je niedriger das Bildungsniveau, je geringer das Einkommen und je älter die Menschen sind, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie Globalisierung als Bedrohung wahrnehmen“, stellen die Studienautoren fest. Am aufgeschlossensten sind übrigens junge Europäer zwischen 18 und 25 Jahren – in dieser Altersgruppe werten 61 % die Globalisierung als Chance.

Einwanderung verursacht die meiste Angst

Aufschlussreich sind die Ansichten von Menschen, die die Globalisierung als Gefahr wahrnehmen: 47 % von ihnen plädieren für den EU-Austritt (Globalisierungsbefürworter: 83 % für den Verbleib), nur neun Prozent vertrauen der Politik (20 %), zufrieden mit der Demokratie sind 38 Prozent (53 %). Die Studie findet auch heraus, was genau die Menschen an der Globalisierung fürchten: Es ist die Einwanderung (55 %). Diese Menschen fühlen sich häufig fremd im eigenen Land (54 %), auch dann, wenn sie mehrheitlich (55 %) keinen Kontakt zu Ausländern haben.

Rechte Parteien sind die Profiteure

So nehmen vor allem die Anhänger von AfD (78 %), des französischen Front National (76 %) und der österreichischen FPÖ (69 %) die Globalisierung als Bedrohung wahr. In allen Ländern besteht mindestens die Hälfte der Unterstützer rechtsextremistischer Parteien wie der italienischen Forza Italia, der britischen UKIP oder der polnischen PiS-Wähler aus Globalisierungspessimisten, führt die Studie aus.

Auch linke Parteien anfällig

Globalisierungsängste herrschen auch in linken Parteien, aber weniger als im rechtsextremen Spektrum und selten

oberhalb der 50-Prozent-Marke, stellt die Studie fest. Die EU-weit höchsten Werte erzielen der französische Front de Gauche (58 %) und die deutsche Linkspartei (54 %). Anders sieht es bei den Anhängern von CDU/CSU, SPD und den Grünen aus: Für lediglich gut ein Drittel spielen Globalisierungsängste eine herausragende Rolle.

Zentrale politische Herausforderungen

Die Autoren halten fest, dass die verbreitete Angst vor der Globalisierung viel mit dem mangelnden Schutz vor den Folgen für einzelne Bevölkerungsgruppen zu tun hat. Globalisierung fungiert als Chiffre für eine komplexe Herausforderung durch Migration, Digitalisierung, Robotisierung und internationale Finanzwirtschaft. Die Auseinandersetzung mit diesen Ängsten und den zugrundeliegenden Motiven gehöre „zu den zentralen politischen Herausforderungen.“ Diesen Ruf habe die Politik vernommen, was in zwei prägenden Strategien sichtbar werde, erläutern die Autoren.

Methode May: Am Anfang steht das Wort

Die „Methode May“, verkörpert von der britischen Premierministerin Theresa May, besteht demzufolge vor allem in einem Wandel der politischen Rhetorik. Die Ängste der ökonomisch Benachteiligten werden verständnisvoll

angesprochen, von den Eliten eine Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung eingefordert. „Ob dieser Wandel der politischen Rhetorik mit einer veränderten Politik einhergehen wird, bleibt abzuwarten“, urteilen die Autoren.

Methode Merkel: Tu was und sprich nicht darüber!

Dem steht die Methode Merkel gegenüber: Dabei gehen politische Veränderungen vor Veränderungen der Rhetorik, abzulesen an der Verschärfung der Flüchtlingspolitik seit Anfang 2016. „Diese Methode birgt allerdings das Risiko, dass sie nicht die befriedigende Wirkung entfaltet, die sie beabsichtigt. Gerade in Zeiten des allgemeinen kommunikativen Rauschens bedarf es einer pointierten kommunikativen Geste, um durchzudringen und sorgenvolle Gemüter zu beruhigen.“ Hier wünschen sich die Autoren eine klar vernehmbare Botschaft, ähnlich der vertrauensbildenden Ansprache der Kanzlerin „Ihre Einlagen sind sicher“ zu Beginn der Finanzkrise. Andernfalls bestehe die Gefahr, dass die vorgenommene Richtungsänderung der Migrationspolitik von der Bevölkerung nicht wahrgenommen werde und der Eindruck aufkomme, die Politik sei „wieder einmal“ untätig oder überfordert.

* Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich, Polen, Spanien und Ungarn

Catherine de Vries / Isabell Hoffmann, Globalisierungsangst oder Wertekonflikt? Wer in Europa populistische Parteien wählt und warum. Bertelsmann Stiftung, November 2016, 35 Seiten, Download.

Digitalisierung

Industrie 4.0: Ohne Wohlfahrt 4.0 wird nichts daraus

Das selbst einparkende Auto, die smarte Fabrik, in der Rechner den Takt vorgeben, der Online-Bestellservice vom kuschligen Sofa aus: Die digitale Transformation treibt einen tiefgreifenden Wandel in Wirtschaft und Alltag voran. Die Rede von der vierten Industriellen Revolution – nach Mechanisierung, Massenfertigung und automatisierter Produktion – ist längst Allgemeinplatz. Während die einen die Chancen für technische Innovationen und persönliche Entfaltung in den Mittelpunkt rücken, thematisieren andere die Risiken und warnen vor dem Ende der Arbeit. Für beide Optionen gilt: Wo Industrie 4.0 für Umbrüche sorgt, muss auch Wohlfahrt 4.0 Flagge zeigen. Ob Digitalisierung die soziale Lage der Menschen verbessert oder bedroht, ob sie die Gesellschaft neu ausbalanciert oder spaltet, hängt entscheidend davon ab, ob wohlfahrtsstaatliche Strukturen den rasanten Wandel sozialverträglich steuern.

Digitalisierung und soziale Innovation

Wie stellen sich die Wohlfahrtsstaaten in Europa auf den digitalen Wandel ein? Welche Strategien und Ressourcen widmen sie den erforderlichen sozialen Innovationen im Zeichen der Digitalisierung? Welche Erfahrungen können andere Gesellschaften daraus ziehen? Das Forscherteam um den Politikwissenschaftler Daniel Buhr von der Universität Tübingen spürt diesen Fragen im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung nach. Exemplarisch nimmt die Studie drei Politikfelder – Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Innovationspolitik – in sieben Ländern

Europas (Deutschland, Estland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien und Schweden) unter die Lupe. Einige Aspekte in kurzer Übersicht:

Jedes Land setzt eigene Schwerpunkte

Es erstaunt nicht, dass die Digitalisierung in den untersuchten Ländern unterschiedlich weit entwickelt ist. „Das beginnt bei der digitalen Infrastruktur und geht bis zum E-Government und der Integration digitaler Technologien in die Wirtschaft“, erläutert die Studie. So ist Estland innerhalb der EU Vorreiter bei digitalen öffentlichen Dienstleistungen und privater Internetnutzung, hinkt aber bei der Digitalisierung der Ökonomie hinterher. Großbritannien ist bei der Nutzung von Breitbandnetzen und mobilem Breitband Spitze, stagniert jedoch bei der Integration digitaler Technologien in Ökonomie und Politik.

Breitangelegte soziale Innovationen

Deutschland gehört bei „Humankapital“ (verstanden als Wert der Fähigkeiten und des Wissens der Beschäftigten durch Aus- und Weiterbildung sowie lebenslanges Lernen), „Internetnutzung“ und „Digitalisierung der Ökonomie“ zu den Vorreitern innerhalb der EU. Beim Breitbandausbau und bei mobilen Netzen besteht allerdings Nachholbedarf. Mit der „Hightech-Strategie“ (HTS) und der „Digitalen Agenda 2014-2017“ versucht die Bundesregierung, die Digitalisierung in Gesellschaft

und Wirtschaft voranzubringen. „Vor allem die (...) Maßnahmen zur Förderung breitangelegter sozialer Innovationen sind höchst vielversprechend“, urteilen die Autoren. Dazu zählen etwa die Förderung der digitalen Wissensgesellschaft, der Ausbau digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze sowie Projekte zur digitalen Arbeitswelt und Verwaltung.

Risiko sozialer Spannungen

Digitalisierung kann soziale Ungleichheit vertiefen, wenn negative Folgen nicht aufgefangen und die Verlierer in die Moderne mitgenommen werden. Die Studie nennt Estland als Beispiel. Das baltische Land gilt als Digitalisierungspionier. Schon seit dem Jahr 2000 haben alle Bürger das Grundrecht auf einen Internetzugang, gemäß Parlamentsbeschluss muss die IT-Infrastruktur alle sieben Jahre erneuert werden, um den Fortschritt anzutreiben. Doch diese Erfolge überstrahlen leicht die Gefahr einer sozioökonomischen Spaltung des Landes. „Nach wie vor herrscht in Estland eine Kluft zwischen Arm und Reich, Jung und Alt, Stadt und Land, Esten und Nicht-Esten. Das hat sich auf dem Weg in die Informationsgesellschaft in einigen Aspekten sogar noch verstärkt“, stellen die Studienautoren fest. „Estland muss substantiell in die Ausweitung des Wohlfahrtsstaates investieren, um soziale Ungleichheit zu verringern und ernsthafte soziale Spannungen zu vermeiden.“

Digitale Nachzügler

Italien und Spanien gehören der Studie zufolge in die Kategorie der digitalen Nachzügler. Die Sparpolitik und eine lahrende wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit bieten breiteren Schichten der Bevölkerung nur begrenzte Aussicht, von den potenziellen Chancen der Industrie 4.0 zu profitieren. Zwar verfügen die Südeuropäer über einige Trumpfkarten: Italien profiliert sich mit dem kennwortgeschützten Zugang zu allen öffentlichen Dienstleistungen sowie beim Zukunftsthema Smart City. Spanien liegt in der digitalisierten Verwaltung (E-Governance und E-Administration) deutlich über dem EU-Durchschnitt. Dem stehen in beiden Südländern aber gewichtige Probleme gegenüber: Die hohe Jugendarbeitslosigkeit benachteiligt gerade jene Generation, mit deren Know-how und zu deren Nutzen die Digitalisierung vorangetrieben werden müsste. Zu den regionalen Unterschieden in der wirtschaftlichen Entwicklung kommt in beiden Ländern die mangelnde Entwicklung des Wohlfahrtsstaates zulasten familiärer Versorgungsstrukturen. So müsse in Spanien vor dem Wohlfahrtsstaat 4.0 erst einmal öffentliche Wohlfahrt 1.0 stehen, urteilen die Autoren.

Digitalisierung zum Wohl der Allgemeinheit

In der Digitalisierung zeigen sich einmal mehr die Vorteile des skandinavischen Wohlfahrtsmodells, stellt die Untersuchung

heraus. Der aktive Staat verfolgt eine finanziell großzügig ausgestattete digitale Agenda, die alle Politik- und Wirtschaftsbereiche einschließt. Flankierend setzt er auf arbeitsmarktpolitische Steuerung, Bildung und den Ausbau des Gesundheitssystems. Die kommunale Selbstverwaltung mit weitgehenden Entscheidungsbefugnissen sorgt für passgenaue Lösungsansätze nationaler Programme. Diese allgemeinwohlverpflichtete Strategie wirtschaftlich-gesellschaftlicher Transformation beförderte Schweden im internationalen Vergleich auf einen Spitzenplatz der Digitalisierung. Die Studie hält fest: „Die im europäischen und weltweiten Vergleich sehr gute Performanz Schwedens in technischen Fragen findet ihre Entsprechung in sozialen und ökonomischen Fragen.“

Auf dem Weg zum bedingungslosen Grundeinkommen?

Die Forscher machen deutlich, dass eine stabile Wirtschaftsbasis Voraussetzung für die Digitalisierung von Industrie und Wohlfahrt ist. Höheren Bildungsinvestitionen kommt eine Schlüsselrolle zu, ohne jedoch alle Probleme lösen zu können. Bildungspolitik könne bestenfalls mittelfristig eine Lösung für die Transformationsprobleme bieten, stellt die Untersuchung fest: Langfristig müssten viel breiter angelegte strukturelle Veränderungen diskutiert werden, die auch vor einer

Entkoppelung der Arbeit vom Bezug von Sozialleistungen nicht Halt machten. Hier bringen die Autoren das bedingungslose Grundeinkommen ins Spiel, fordern aber mehr Forschung, um die Funktionalität dieses Modells zu belegen.

Daniel Buhr / Claudia Christ / Rolf Frankenberger / Marie-Christine Fregin / Josef Schmid und Markus Trämer: Auf dem Weg zu Wohlfahrt 4.0? Die Digitalisierung des Wohlfahrtsstaates in den Politikfeldern Arbeit, Gesundheit und Innovation im europäischen Vergleich, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung (Politik für Europa #2017 plus), Dezember 2016, 34 Seiten, [Download](#).

Hier sind auch vertiefende Länderstudien zu Deutschland, Estland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien und Schweden verfügbar.

Gesundheit

Menschen mit Demenz im Krankenhaus: Zwei Modellprojekte aus Hamburg

Jeder fünfte Krankenhaus-Patient hierzulande über 65 leidet an Demenz. Doch der Klinikalltag ist nur unzureichend auf diese Klientel eingestellt. Speziell ausgebildetes Personal fehlt; entsprechende Betreuungsangebote, Organisationsstrukturen und Räumlichkeiten sind Mangelware. Zum Glück tut sich etwas im Land: Zahlreiche Akutkrankenhäuser liefern alltagstaugliche Best-Practice-Beispiele mit ermutigenden Signalen für die Branche. Bei einigen handelt es sich um Modellprojekte, die von der Robert Bosch Stiftung gefördert wurden. Mit dabei: das Albertinen-Krankenhaus und das Evangelische Krankenhaus Alsterdorf, beide in Hamburg.

I. Albertinen-Krankenhaus: „Starke Angehörige – starke Patienten“

Projektziel ist die Einbeziehung von Angehörigen und Bezugspersonen in die Betreuung von Demenzpatienten. „Diese Maßnahmen sollen den Behandlungserfolg der Patienten sichern und unnötige Belastungen für Patienten, Mitarbeiter und Angehörige vermeiden“, erklärt Ralf Zastrau, Geschäftsführer des Albertinen-Krankenhauses. Wichtig ist, dass Angehörige zur Begleitung des Patienten im Krankenhaus und danach in der Häuslichkeit befähigt werden.

- **Hilfe für pflegende Angehörige:** Am Projektbeginn stand die Befragung von Ärzten, Pflegekräften, Sozialarbeitern

und Angehörigen zu deren Erwartungen im Umgang mit Demenzkranken. Zahlreiche Verbesserungsvorschläge flossen ein. Angaben der Angehörigen zu ihren Wünschen und Fähigkeiten lieferten Anknüpfungspunkte, wie sie an der Erarbeitung von Therapiezielen sowie an Behandlungs-, Pflege- und Entscheidungsprozessen beteiligt werden können. Aus dieser Erhebung wurden vielfältige Maßnahmen entwickelt und erprobt.

- **Bessere Patienten-Betreuung:** Seither begleiten speziell geschulte ehrenamtliche Demenz-Begleiter die Patienten bei Notaufnahme, Diagnostik und auf den Stationen. Ein eigens etabliertes „Koordinationsbüro Demenz“ steht Angehörigen mit der Vermittlung von Dienstleistungen über den Krankenhausaufenthalt hinaus zur Seite. Kinästhetik-Kurse für pflegende Angehörige unterstützen die Betreuung von Patienten bei Bewegungseinschränkungen und Schwergewichtigkeit.
- **Kompetenzwuchs für Mitarbeiter:** Das Personal erwarb in Grund- und Aufbaukursen vertiefende Qualifikationen zu den Themen Demenz und Angehörigenarbeit. Rund 200 von 800 Mitarbeitern nahmen an Tagesschulungen teil. Eine Pflege-Expertin mit Demenz-Schwerpunkt auf jeder Station und ein Schulungsprojekt zur Delir-Erkennung verbessern die Patientenversorgung. Dazu trägt auch die Stabsstelle „Demenz und Delir“ bei der Pflegedirektion bei, die alle

Aufgaben von pflegerischer und medizinischer Relevanz bündelt.

- **Öffentliche Informationen:** Ein Kurzfilm und ein Flyer informieren über Betreuungs- und Behandlungsangebote für Demenzkranke im Albertinen-Krankenhaus. Die öffentliche Vortragsreihe „Demenz geht uns alle an“ thematisiert relevante Wissensaspekte und Hilfsangebote.

Ein Projekt, das allen nützt

Das Albertinen-Krankenhaus, das zusammen mit dem Albertinen-Haus (Zentrum für Geriatrie und Gerontologie) ein Tochterunternehmen des Albertinen-Diakoniewerks ist, arbeitet bereits seit 2011 an medizinisch-pflegerischen Konzepten zur besseren Versorgung von Demenzpatienten. Daher können die Ergebnisse des Projekts „Starke Angehörige – starke Patienten“ (2013 bis 2016) an wertvolle Erfahrungen anknüpfen. „Sich um die Belange demenzkranker Patienten in besonderer Weise zu kümmern, nützt allen“, bilanziert Geschäftsführer Zastrau das Projekt. „Den betroffenen Patienten und ihren Angehörigen, weil es Komplikationen vermeidet und die Behandlungsqualität verbessert. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, weil sie kompetenter mit demenzkranken Menschen umgehen können. Und schließlich auch dem Krankenhaus, weil Kosten zur Behandlung von Komplikationen und unnötig lange Liegezeiten vermieden werden. Dies gilt in besonderer Weise auch

für alle Maßnahmen zur Vermeidung von Deliren.“

II. Evangelisches Krankenhaus Alsterdorf

Im Mittelpunkt des Projekts „Menschen mit Demenz im Krankenhaus“ stehen Autonomie und Selbstbestimmungsrecht von Demenzpatienten im Klinikalltag. Ein heikles Thema, bei dem Ärzte, Pflegekräfte und Angehörige oft unsicher sind. „Die Wahrung der Selbstbestimmung muss zum Standard der Krankenhausbehandlung von Demenzbetroffenen werden“, fordert Chefarzt Dr. Georg Poppele. Alsterdorf verfügt mit der Station DAVID für akut-internistisch erkrankte Demenzpatienten seit 2011 über ein wissenschaftlich evaluiertes, mit Preisen ausgezeichnetes Modell. Ein ganzes Maßnahmenbündel soll die demenzsensible Weiterentwicklung des Krankenhauses begleiten.

- **Der Patient gibt den Takt vor:** Untersuchungen werden möglichst im Zimmer der Patienten vorgenommen, um sie nicht durch vermeidbaren Ortswechsel zu verunsichern. Ein spezielles Konzept der Raumgestaltung erleichtert ihnen die Orientierung auf der Station. Der Zeitpunkt von Wecken, Waschen und medizinischen Untersuchungen berücksichtigt so weit möglich den Patientenwunsch
- **Schulung für alle Stationen:** Die Berufsgruppen aller Fachbereiche, nicht nur von Stationen wie DAVID und der

Geriatrie, werden im Umgang mit Demenzpatienten geschult. Außerdem ist das Thema Bestandteil der Ausbildung in der klinikeigenen Gesundheits- und Krankenpflegeschule.

- **Basiswissen und Tipps:** Ein Leitfaden soll allen am Pflegeprozess Beteiligten helfen, den Patienten-Willen zu erkennen und entsprechend zu handeln. Kapitel wie „Demenz und Willensbildung“ und „Mutmaßlicher Wille“ vermitteln Basiswissen zur Krankheit, ihren Symptomen und Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit der Betroffenen. Aspekte wie „Verständliche Sprache“ und „Non-verbale Kommunikationswege“ geben Tipps für den Umgang mit Patienten. Weitere Kapitel widmen sich der Betreuung von Demenzkranken im Klinikalltag und der Kommunikation mit Angehörigen.
- **Frühzeitiges Erkennen:** Spezielles Screening mit einem einfachen Test (AMT4) dient der frühzeitigen Erkennung und Behandlung von Delir und Demenz.
- **Innovative Öffentlichkeitsarbeit:** Ein Informationsfilm, mit Demenzkranken des Krankenhauses gedreht, wird bei Patientenveranstaltungen, Fortbildungen und vor Besuchergruppen gezeigt. Er will aufklären und Betroffenen Ängste nehmen.

Auf dem Weg zum demenzsensiblen Krankenhaus

Ärzte, Pflegekräfte und Angehörige bewerten die Veränderungen zum demenzsensiblen Krankenhaus positiv. Ob die Versorgung auf Station DAVID messbar besser ist als auf anderen, nichtspezialisierten Stationen, wird vom Institut für Medizinische Soziologie des Universitätsklinikums Hamburg Eppendorf im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitforschung untersucht. Werden weniger Beruhigungsmittel gebraucht, stürzen die Patienten seltener, dauert der Krankenhausaufenthalt länger? Das sind nur einige Fragen, die untersucht werden. Ergebnisse sollen im Herbst 2017 vorliegen.

Zwei Modellprojekte: Ausblick

Die Demenz-Projekte beider Kliniken setzen unterschiedliche Schwerpunkte, haben aber einiges gemeinsam: Sie zielen darauf ab, Patienten eine umfassend kompetente Behandlung zu bieten, Qualifikation und Arbeitszufriedenheit des Personals zu steigern und den Einrichtungen einen effektiveren Behandlungsablauf zu ermöglichen. Beide Modelle sehen sich nicht als perfekte Lösung, sondern als Wegbereiter für eine bessere Versorgung Demenzkranker im Krankenhaus.

Weitere Informationen zu den geförderten Krankenhäusern:

www.bosch-stiftung.de/demenz_im_krankenhaus

Zum Thema siehe auch BFS-Trendinfo 7/16: Demenz im Krankenhaus: Problem erkannt, noch nicht gebannt

Migration

Integration fängt in der Kita an!

Diesmal hatte Til Schweiger nicht zur Premiere eines neuen Films geladen. Trotzdem stand der Schauspieler im Rampenlicht medialer Berichterstattung. Ende vergangenen Jahres eröffnete er mit seiner Stiftung eine Kindertagesstätte für Flüchtlingskinder in Osnabrück. Auf diese Weise rückte der Prominente ein vernachlässigtes Anliegen in den Blickpunkt: die Betreuung und Bildung für die jüngsten Neuankommenden. Wenn es um die Integration des Nachwuchses geht, ist meist nur von älteren Kindern und Jugendlichen die Rede, von Schule und Ausbildung. Flüchtlingskinder im Vorschulalter fallen da schnell durchs Raster.

Vernachlässigt: Flüchtlingskinder im Vorschulalter

„Empirisch ist über die Betreuung von Flüchtlingskindern in Kindertageseinrichtungen kaum etwas bekannt“, bedauern Birgit Riedel und Kilian Lüders vom Deutschen Jugendinstitut München (DJI). Obwohl von Januar 2015 bis Juli 2016 rund 117.000 Asylanträge für Kinder unter sechs Jahren gestellt wurden, vernachlässigte auch die Politik diesen Personenkreis. Das soll sich jetzt ändern. In ihrem Forschungsbericht unterstreichen die Autoren die neue Rolle der Kitas für die Integration von Flüchtlingskindern. Sie stützen sich auf eine Befragung des DJI unter bundesweit mehr als 3.600 Kitas zwischen Januar und März 2016.

Warum die Kita Flüchtlingskindern gut tut

In der Fachdebatte finden sich vielfache Hinweise auf die Vorteile des Kita-Besuchs speziell für Flüchtlinge. Sie können dort Kontakte zu einheimischen Gleichaltrigen knüpfen und in Sprache und Kultur des Aufnahmelandes hineinwachsen. Zusätzlich finden sie hier eine kindgerechte Umgebung vor, die in den Flüchtlingsunterkünften meist fehlt. „Ein regelmäßiger Kita-Besuch kann Flüchtlingskindern, die vielfach mit den Erfahrungen von Krieg, Ängsten und Verlust fertig werden müssen, helfen, (...) Vertrauen und ein Gefühl von Zugehörigkeit und Normalität zu entwickeln“, erklären die Autoren.

Flüchtlingskinder in der Kita: Recht und Wirklichkeit

Rechtsexperten sprechen geflüchteten Kindern einen Anspruch auf Tagesbetreuung sofort ab dem Zeitpunkt des Grenzübertritts zu, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Die Politik sieht das anders. Das BMFSFJ erkennt einen Anspruch erst an, wenn eine Aufenthaltsgestattung (§ 55 AsylVfG) vorliegt und die Familie von der Erstaufnahme in der Anschlussunterkunft der zugewiesenen Kommune angelangt ist. Damit haben Kinder theoretisch erst nach einem halben Jahr einen Kita-Anspruch – immerhin. Praktisch aber sind die Übergangszeiten oft länger, Kita-Plätze knapp und die Wartelisten lang. Aus diesem

Misstand heraus haben sich vielerorts pragmatische Initiativen zugunsten von Flüchtlingskindern gebildet, sogenannte Brückenangebote: Spielgruppen, Drop-in-Plätze in Familienzentren und mobile Spielangebote in Unterkünften.

Wer motiviert zum Kita-Besuch?

Genauere Zahlen, wie viele Flüchtlingskinder bundesweit eine Kita besuchen, gibt es nicht. Die DJI-Erhebung ergibt, dass von allen teilnehmenden Einrichtungen (51 %) ein gutes Drittel (36 %) Flüchtlingskinder betreute. Dass die Familien den Weg in die Kita finden, ist alles andere als selbstverständlich. Oft wissen sie schlicht nichts davon, manches Mal scheitern sie an bürokratischen Hürden. Wichtig ist daher, welche Akteure die Kita-Aufnahme maßgeblich befördern. Ehrenamtliche Helfer führen die Statistik an (42 %); deutlich seltener sind es Mitarbeiter von Kommunen und Jugendämtern (31 %) sowie der Träger der Einrichtungen oder die Kita selbst (25 %). Mitunter fungieren auch die Eltern einheimischer Kinder als Vermittler. Die Autoren merken kritisch an, dass die Vernetzung zwischen den hauptamtlichen Akteuren der Flüchtlingsarbeit und der Kinder- und Jugendhilfe viel besser sein könnte.

Woran es bei der Zusammenarbeit mit den Eltern hapert

Die Integration in die Kita kann nur auf der Basis einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Eltern gelingen. Das ist aber leichter gesagt als getan: 99 Prozent der befragten Kitas sehen sich mit Sprachproblemen konfrontiert, 47 Prozent gaben Unsicherheiten seitens der Eltern an. „Geflüchtete Eltern sind mit dem Konzept einer Kindertageseinrichtung, mit ihren Zielen, Routinen und Abläufen in der Regel nicht vertraut“, beschreiben die Verfasser das Grundproblem, „sie überlassen ihr Kind Menschen, mit denen sie sich nur mangelhaft verständigen können.“ Freilich müssen auch die Erzieherinnen mehr Sicherheit im Umgang mit geflüchteten Eltern gewinnen (31 %).

Kitas wünschen sich mehr Unterstützung

90 Prozent der Einrichtungen erhalten zur Bewältigung der neuen Integrationsaufgabe in der einen oder anderen Form Unterstützung. Am häufigsten ist Hilfe und Entlastung durch Dolmetscher (62 % der Kitas), durch Eltern mit Deutschkursen (46 %) und Fortbildungen für Erzieherinnen (47 %). Das alles reicht jedoch nicht aus: 84 Prozent der Einrichtungen wünschen sich noch mehr Hilfe. Weit oben auf der Wunschliste rangieren auch zusätzliches Personal (56 %) und Dolmetscherdienste (53 %). Insgesamt gilt, dass ein Teil der Erzieherinnen die Aufnahme von Flüchtlingskindern als große Herausforderung erlebt, ein anderer Teil jedoch gelassen damit umgeht und selbstbewusst auf die vorhandenen Kompetenzen vertraut.

Fazit und Ausblick

Jenseits der Wahrnehmung in der breiten Öffentlichkeit gehen Kitas, zivilgesellschaftliche Akteure und Ehrenamtler die neuen Integrationsaufgabe für die jüngsten Flüchtlingskinder engagiert an. Allerdings gibt es an der Schnittstelle zwischen Jugendämtern und Flüchtlingshilfe noch einigen Optimierungsbedarf. „Deutlich wird (...), dass die Betreuung von Flüchtlingskindern bestehende strukturelle Probleme der Kindertagesbetriebe verschärft“, hält die Studie fest: die Knappheit an Kita-Plätzen und die dünne Personaldecke. Tragisch, wenn deshalb die pädagogische Arbeit mit den Kindern und die wünschenswerte Beteiligung an integrativen Kooperationen in Konkurrenz träten.

Birgit Riedel / Kilian Lüders, Flüchtlingskinder in der Kita – Zugänge gestalten, Kooperationen stützen! In: Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis, 4/2016, Seite 138-142, [Download](#).

Bildung

Freie Alternativschulen: Lernend andere Wege gehen

Sie heißen „Freie Schule Riesenklein“, „Kapriole“ und „Schülerschule“, betreiben schon mal einen Streichelzoo oder ziehen mit ihrem Wandertheater per Pferddekutsche umher: Freie Alternativschulen gehen andere Wege des Lernens als das Regelschulsystem. Mit 7.700 Schülern – 0,08 Prozent der gesamten bundesweiten Schülerschaft – ist diese Schulart sehr klein. Dennoch bilden die Freien Alternativschulen ein bemerkenswertes Puzzle in der facettenreichen Privatschulszene. Knapp 100 Bildungsstätten sind im Bundesverband der Freien Alternativschulen (BFAS e.V.) organisiert.

Pädagogische Grundprinzipien

Im Vergleich zu anderen Schulen in freier Trägerschaft wie den Montessori- und Waldorfschulen haben die Freien Alternativschulen erst eine kurze Geschichte. Sie beginnt in den frühen 1970er-Jahren mit der Glocksee-Schule in Hannover und der Freien Schule Frankfurt. An den prägenden pädagogischen Prinzipien hat sich seither nichts geändert: kein Sitzenbleiben, keine Noten bis zur 9. Klasse, wenig Leistungsdruck, selbstverantwortliches Lernen, heterogene Lern- und Arbeitsgruppen. Wesentlicher Bestandteil ist die Mitgestaltung des Schulalltags durch die Schüler, etwa bei Stundenplan und Unterrichtsthemen.

Schüler geben Auskunft

Eine aktuelle Studie adressiert folgerichtig die Schüler

von Freien Alternativschulen und befragt sie nach ihren Lernerfahrungen. Die Untersuchung wurde von einem Team um den Erziehungswissenschaftler Dirk Randoll von der Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft in Alter bei Bonn erstellt. Die empirischen Daten fußen auf der schriftlichen Befragung von 947 Schülern der Sekundarstufe I an 38 Schulen im Schuljahr 2013/14.

Schulwahlmotive der Eltern

Das Lernen ohne Leistungsdruck war im Urteil der befragten Schüler das wichtigste Motiv der Eltern zur Wahl einer Freien Alternativschule (68 %), gefolgt von der Überzeugung, dass es dort „mehr Freiheiten als an anderen Schulen gibt“ (55 %) und die Schüler Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten (49 %) haben. Weitere Einschätzungen und Motive der Eltern: Jeder Schüler wird in seiner Eigenart akzeptiert und nicht nach Leistung sortiert; in den ersten Schuljahren gibt es keine Noten oder Punkte; es liegen eigene schlechte Erfahrungen auf einer staatlichen Schule vor.

Identifikation und Wertschätzung

93 Prozent der Schüler gaben an, sich an der Schule wohl zu fühlen, 82 Prozent bejahten ein Gefühl der Zugehörigkeit. 88 Prozent empfanden die Schumatmosphäre als gut. Vor die Wahl gestellt, hätten sich 79 Prozent der befragten Schüler erneut für „ihre“ Schule entschieden.

Das Schüler-Lehrerverhältnis

Die überwiegende Mehrzahl der Befragten (88 %) war überzeugt, dass die Schüler ein vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Lehrern haben und dass diese für sie da sind, wenn sie „mal richtig Mist gebaut haben“ (75 %). „Die Ergebnisse deuten auf eine ‚Haltung‘ der an den Freien Alternativschulen Lehrenden hin, die sich durch Vertrauen, Offenheit, Respekt, Rücksichtnahme und Wertschätzung gegenüber ihren Schülern auszeichnet“, interpretieren die Studienautoren die Ergebnisse.

Orientierung und Leistung

Fast jeder zweite Schüler wünschte sich von den Lehrern mehr Führung und Orientierung (43 %) und mehr Unterstützung beim Lernen (42 %). Mehr als die Hälfte stimmte der Aussage zu, dass Leistungswille und die Anstrengungsbereitschaft an der Schule stärker gefördert werden sollten (56 %). Von den Befragten sind 59 Prozent überzeugt, mehr leisten zu können, wenn von ihnen auch mehr gefordert würde.

Der Quereinstieg – Abstimmung gegen die Regelschule

Der größte Schülerzuwachs für die teilnehmenden Alternativschulen vollzieht sich beim Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule. Zwei Drittel der befragten Schüler waren Quereinsteiger. Die Studienautoren sehen das als Beleg für den Wunsch der Schüler bzw. deren

Eltern nach einer Alternative zur Regelschule. „Ein Großteil der Quereinsteiger (...) ist an der Regelschule einfach nicht zurechtgekommen.“ Auch der Übergang bereitet Probleme: „Im neuen Schulsystem wollen diese Schülerinnen und Schüler, die sich selbst als lernschwach wahrnehmen, erstmal an die Hand genommen werden. (...) Denn statt Orientierung erfahren sie plötzlich ungewohnte Freiräume.“ Dieses Anpassungsproblem löse sich im Laufe der Schulzeit auf, so dass am Ende der Klasse 10 ein Gleichstand zwischen grundständigen und neuangekommenen Schüler herrsche.

Schüler möchten klare Leistungskriterien

Freie Alternativschulen haben zur Leistung ein besonderes Verhältnis, erklären die Autoren. Ihrem pädagogischen Verständnis nach sind Kinder und Jugendliche von Natur aus lernbegierig. Der Lernprozess bedarf darum nicht notwendig einer Motivation von außen, sondern nur eines Rahmens, in dem sich selbsttätiges Lernen entfalten kann. Daher erübrigen sich standardisierte Leistungskontrollen, zumindest bis zum Ende der Sekundarstufe I. Dennoch, das ergibt die Befragung, sind gute Leistungen für die Schüler wichtig (84 %). Viele wünschten sich klare Leistungskriterien (56 %) und sogar eine Bewertung durch Noten bzw. Punkte ab der Mittelstufe (47 %).

Diskussion

Die Autoren sehen in den Schülerantworten „die allgemeine Tendenz zu einer relativen Zustimmung“ zur Arbeit der Freien

Alternativschulen. Diese Schulart stelle für viele ihrer Schüler eine wichtige Alternative zum Regelschulsystem dar. Vor allem für den hohen Anteil der Quereinsteiger böten die Freien Alternativschulen erhöhte Chancen der Bildungsintegration. Dabei erinnert die Studie an den selbstgesetzten pädagogischen Auftrag Freier Alternativschulen: Höchstes Ziel ist nicht die Spitzennote, sondern die bestmögliche Entfaltung persönlicher Potenziale. Diese konzeptuelle Vorgabe kann für manchen Absolventen eine Überforderung darstellen und sollte daher zugunsten von mehr Orientierung, Leistungsvergleich und Feedbackkultur überprüft werden, empfehlen die Autoren. „Selbstbestimmtes und selbstverantwortliches Lernen kann demnach nicht als allgemeingültiges und unhinterfragtes Prinzip gelten.“ Folglich sollten die Lehrer im Sinne der Potenzialentfaltung auch Lernangebote mit klar definierten Leistungserwartungen machen.

*Dirk Randoll / Ines Graudenz / Jürgen Peters,
Bildungserfahrungen an Freien Alternativschulen. Eine Studie
über Schülersaussagen zu Lernerfahrungen und Schulqualität,
Springer-VS, Wiesbaden 2016, 121 Seiten,*

ISBN: 978-3-658-14635-1

Ergänzend zur Studie siehe „Freie Alternativschulen erreichen eine ganze Menge“: Experteninterview zu Bildungserfahrungen und Schulqualität, [Download](#).

*Der Bundesverband der Freien Alternativschulen e.V. im
Internet:*

www.freie-alternativschulen.de

Familienpolitik

Zehn Jahre Elterngeld: Und was gibt's zu feiern?

Es war ein heftig diskutierter Vorstoß mit dem Ziel, Deutschland familienfreundlicher zu machen: die Einführung des Elterngelds Anfang 2007. Seither steht Müttern und Vätern eine Lohnersatzleistung zu, wenn sie sich zu Hause um ihr Neugeborenes kümmern. Junge Eltern sollen damit ohne größere finanzielle Einbußen in ihre neue Rolle hineinwachsen und die Familienarbeit stärker partnerschaftlich aufteilen können. Ziel der Einführung des Elterngeldes war überdies, Frauen nach der Babypause die Rückkehr ins Berufsleben zu erleichtern.

Es gibt noch viel zu tun

Zum zehnjährigen Jubiläum legt das DIW eine Bilanz vor. Darin würdigt das arbeiternahere Wirtschaftsinstitut aus Berlin den Einfluss des Elterngeldes auf das Einkommen junger Familien, die Elternzeit von Vätern, die Erwerbstätigkeit von Müttern und die Geburtenrate. Heute wird um Sinn und Zweck dieses noch jungen familienpolitischen Instruments nicht mehr gestritten. In einigen Punkten sehen die Autoren aber Verbesserungsbedarf.

Vom Erziehungsgeld zum Elterngeld: Die Fakten

Das dem *Elterngeld* vorangegangene *Erziehungsgeld* (1986 bis 2006) sah unterhalb einer bestimmten Einkommensgrenze pauschal 300 Euro pro Kind für bis zu 24 Monate vor.

Das *Elterngeld* hingegen beträgt zwei Drittel des letzten Nettoeinkommens, mindestens 300 Euro, maximal 1.800 Euro. Ein Elternteil kann die Leistung höchstens zwölf Monate lang beziehen, der zweite Elternteil bekommt sie zwei zusätzliche Monate lang, wenn er die Betreuung übernimmt („Partnermonate“). Das *ElterngeldPlus* (seit 1. Juli 2015) will die Benachteiligung von teilzeitarbeitenden Eltern abbauen und überweist jungen Frauen, die schon kurz nach dem Mutterschutz stundenweise ins Berufsleben zurückkehren, monatlich die Hälfte des Elterngeldes, 24 Monate lang.

Das Elterngeld und die Finanzlage junger Familien

Das Elterngeld hat den allermeisten Familien mit Kindern im ersten Lebensjahr eine spürbare Verbesserung ihres Haushalts-Nettoeinkommens gebracht, hebt die DIW-Studie hervor. Demnach beträgt die Erhöhung im Durchschnitt rund 480 Euro pro Monat: bei einer Mutter mit Hochschulabschluss rund 600 Euro, bei anderen Familien rund 430 Euro. Allerdings gibt es auch einige Verlierer der Reform: Familien mit geringem Haushaltseinkommen, die das frühere Erziehungsgeld zwei Jahre lang bekommen haben, jetzt aber feststellen müssen, dass ein höheres Elterngeld im ersten Lebensjahr die Einbuße im zweiten Jahr nicht aufwiegt.

Erwerbstätigkeit von Müttern

Dennoch hat sich für viele Familien auch im zweiten Jahr nach der Geburt das Haushaltseinkommen erhöht. Als Grund nennen die Forscher die „deutlich“ gestiegene Erwerbsbeteiligung der Mütter, vor allem im unteren Einkommensbereich. Die Erwerbsunterbrechung ist kürzer als früher. Diese Tatsache führen die Studienautorinnen auf die geringere Förderdauer von 14 Elterngeld-Monaten (Erziehungsgeld: max. 24 Monate) zurück. „Auch in dieser Hinsicht hat das Elterngeld sein Ziel erreicht.“ Lediglich Mütter mit hohem Einkommen nehmen die vergleichsweise höhere Kompensation durch das Elterngeld zum Anlass einer längeren Auszeit als früher.

Elternzeit von Vätern

Der Anteil der Väter mit Elterngeld stieg von anfangs weniger als drei Prozent auf heute 34 Prozent. Höhere Bildungsabschlüsse sind überrepräsentiert. Auf den ersten Blick ist diese Steigerung nicht schlecht, doch die meisten Männer beantragen das Elterngeld lediglich für zwei Monate, kritisiert die Studie. Nur jeder fünfte Vater steigt für ein Jahr aus dem Berufsalltag aus. Außerdem ist der gleichstellungsbezogene Effekt auf die Familien- und Hausarbeit begrenzt, der Löwenanteil liegt immer noch bei den Müttern. Hier sieht das Forscherteam „viel Luft nach oben“.

Einfluss auf die Geburtenrate

Ob das Elterngeld die Geburtenrate beeinflusst, lässt sich empirisch nicht belegen, resümiert die Studie. Bisherige Forschungen ergeben kein einheitliches Bild, höchstens einen „kleinen positiven Gesamteffekt“. Der Hypothese, wonach das Elterngeld wegen der finanziellen Besserstellung der Haushalte zu einem Geburtenanstieg führt, steht eine Untersuchung gegenüber, wonach das Elterngeld, wenn auch geringfügig, die Wahrscheinlichkeit für weitere Geburten eher verringert.

Veränderung der familienpolitischen Landschaft

Das Elterngeld ist heute weitgehend politisch akzeptiert, hält die Studie fest. Sein Charakter als Lohnersatzzahlung, die im Gegensatz zu einer Transferleistung die mittleren und höheren Einkommen begünstigt, werde nicht mehr in Frage gestellt. Auch die anfängliche Kritik, wonach sich der Staat in die Arbeitsteilung von Paaren einmische, sei verstummt. Als unbestrittener Vorteil gelte die Erweiterung des familiären Schonraums im ersten Jahr nach der Geburt des Kindes. Darüber hinaus habe das Elterngeld eine weiterreichende Veränderung familienpolitischer Normen angestoßen. „Seit der Einführung des Elterngelds hat sich für Mütter etabliert, dass zwölf Monate die sozial erwünschte Dauer der Erwerbsunterbrechung ist.“ Dieser

informelle „Richtwert“ etablierte sich etwa durch das Verhalten von Kolleginnen innerhalb eines Betriebs. Weiterhin prägte die wachsende Akzeptanz der väterlichen Elternzeit das gesellschaftliche Klima.

Systemischer Widerspruch: Elterngeld und Ehegattensplitting

Dieser Wertewandel berge die Chance, die Geburtenentwicklung günstig zu beeinflussen, merkt die Untersuchung an. Insgesamt liefert die Bilanz zehn Jahre nach Einführung des Elterngeldes also einigen Grund zum Feiern. Allerdings könnte die Reform noch reichere Früchte tragen, wenn sie von einer konsistenten Familien- und Steuerpolitik begleitet würde. In diesem Zusammenhang gehöre das Ehegattensplitting und die beitragsfreie Mitversicherung nicht erwerbstätiger Ehepartner in der gesetzlichen Krankenversicherung auf den Prüfstand, schlagen die Autoren der DIW-Studie vor.

Mathias Huebener / Kai-Uwe Müller / C. Katharina Spieß / Katharina Wrohlich, Zehn Jahre Elterngeld: Eine wichtige familienpolitische Maßnahme, DIW Wochenbericht 49/2016, Seiten 1159-1166, [Download](#).

Pflege

Branchen-Dialog gegen tarifpolitische Zersplitterung!

Pflegekräfte sind gefragt: Eine alternde Gesellschaft und zunehmender Bedarf an Pflege, Betreuung und Begleitung hilfebedürftiger Menschen sichern diesem Berufsfeld weiterhin einen erheblichen Bedeutungszuwachs. Große gesellschaftliche Projekte wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder die Pflege von Familienangehörigen sind ohne eine Aufwertung von Care-Arbeit in Pflege, Bildung, Erziehung und Soziales nicht zu verwirklichen. Allein in der Pflege sind hierzulande mehr als eine Million Beschäftigte tätig: 320.000 Menschen im ambulanten Pflegedienst, 685.500 in Pflegeheimen. Eine stolze Bilanz. Doch wie steht es um Entgelt und Arbeitsbedingungen?

Große Bedeutung, schlecht bezahlt

Hier entsprechen die Fakten so gar nicht der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedeutung der Pflegearbeit. Die Entgelte in der Altenpflege sind nicht nur niedrig, sie driften auch noch zwischen den Regionen merklich auseinander. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie des Instituts Arbeit und Technik (IAT) der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Studienautorin Michaela Evans weist darauf hin, dass das Entgeltniveau in einigen Regionen sowohl unter den mittleren Löhnen aller Berufe in Deutschland als auch unter den durchschnittlichen Einkommen in der Altenpflege selbst liegt. Beispiele dafür sind Niedersachsen, Bremen, Schleswig-Holstein und Berlin. Auch die Arbeitsbedingungen lassen zu wünschen übrig: Hohe Belastung und untypische Arbeitszeiten sind in der

Pflegebranche an der Tagesordnung.

Regional zersplitterte Tarifstruktur

Überhaupt bilden die Regionen einen bunten Flickenteppich unterschiedlicher Entgeltstrukturen. In Teilen Bayerns, Baden-Württembergs oder Nordrhein-Westfalens können angestammte Anbieter mit sicheren Marktanteilen dank hoher Pflegesätze ein vergleichsweise hohes Tarifniveau sicherstellen. In Teilregionen in Berlin, Thüringen und Hessen hingegen haben tradierte Anbieter erhebliche Marktanteile eingebüßt und steigen wegen des Preisdrucks aus den teuren Tarif- bzw. Arbeitsvertragsrichtlinien aus.

Tarifpolitischer Häuserkampf

„Schließlich gibt es Regionen mit einer sehr vielfältigen und kleinteiligen Tarif-/AVR-Landschaft“, beschreibt die IAT-Studie. Der „tarifpolitische Häuserkampf“ hier ist durch niedrige Pflegesätze, starken Preisdruck auf die Anbieter und niedriges Tarifniveau gekennzeichnet. Eine Gegenstrategie besteht in der Gründung von „Bündnissen des letzten Augenblicks“ und trägerübergreifenden Tarifarrangements. Beispiele aus Niedersachsen, Bremen und Baden-Württemberg zeigen, dass solche Kooperationsformen den Trend zum Preiskampf stoppen können. „Für regionale Fachkräftestrategien in der Altenpflege stellen solche trägerübergreifenden Qualitäts- und Verantwortungsgemeinschaften eine wichtige Option dar,

insbesondere vor dem Hintergrund des Pflegestärkungsgesetzes III.“

Bessere Entlohnung allein ist keine Lösung

Wenn es der Branche nicht gelingt, solche Strategien auszubauen und eine flächendeckende Aufwertung der Arbeitsbedingungen herzustellen, besteht laut Studie die Gefahr, dass ganze Regionen tarifpolitisch abgehängt werden. Dort wäre dann auch eine angemessene Versorgung gefährdet. Immerhin klagt die Branche bereits heute über Arbeitskräftemangel. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen rechnet für das Jahr 2050 mit einem Mangel von bis zu 430.000 Altenpflegekräften (Vollzeitäquivalenten). Einfach nur höhere Entlohnung zu fordern, griffe als Lösung jedoch zu kurz, stellt die Studie klar. Einen Ausweg sieht Autorin Evans vielmehr in einer strukturellen Verbesserung der Arbeitsbeziehungen.

Branche fehlt die Schlagkraft

Worum es geht, zeigt der Blick auf den zentralen Unterschied in der Regelung der Arbeitsbeziehungen. Während in den meisten Industriezweigen Verbände, Gewerkschaften und Arbeitnehmervertreter in den Betrieben zentral um Tarife und Arbeitsbedingungen verhandeln und branchenweit durchsetzen, fehlen entsprechende Strukturen in der Sozialwirtschaft. So stehen in der Altenpflege freigemeinnützige, private und öffentliche Träger nebeneinander,

bewegen sich Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen in einer stark fragmentierten Verbändelandschaft, beschreibt Studienautorin Evans. „Dies schwächt die arbeitspolitische Durchsetzungsfähigkeit des Gesundheits- und Sozialwesens, gegenüber der Politik und gegenüber anderen Wirtschaftsbranchen.“ Folge ist eine starke regionale, berufsgruppen- und qualifikationsspezifische Ungleichheit von Entgelten und Arbeitsbedingungen.

Ökonomisierung fördert Entgelt-Abwärtsspirale

Die vergangenen Jahre sind durch Bemühungen gekennzeichnet, mehr Markt und Wettbewerb im Sozialsektor wirken zu lassen. Diese Strategie sollte den gesamtwirtschaftlichen Beitrag der Branche durch betriebswirtschaftliches Management, Budgetierung und Pflegesatzverhandlungen aufwerten. Mit zweifelhaftem Erfolg, führt die Studie aus: „Allerdings wurde diese Entwicklung durch eine Abwärtsspirale bei Entgelten und Arbeitsbedingungen erkauft.“ Anders ausgedrückt, der Effizienzfortschritt in der Branche ließ sich mangels schlagkräftiger Verhandlungsstrukturen nicht in bessere Tarife und Bedingungen für die Beschäftigten ummünzen, sondern hat eher zur Verschlechterung der Berufssituation geführt.

Branchendialog tut not

Will sich der Pflegesektor im Besonderen und die Care-Arbeit im Allgemeinen zukunftstauglich aufstellen, muss die Fragmentierung ihrer Interessenwahrnehmung in einem „konzertierten Branchendialogs auf Bundesebene“ überwunden werden, fordert die Studie. Weiterhin bedarf es einer Aufwertung regionaler Versorgungsansätze. Regionale Budgets, rät Autorin Evans, könnten trägerübergreifende Verhandlungen ermöglichen. Vermehrte Abstimmung zwischen Betriebs- und Verbandsebene über innovative Lösungen in Zukunftsfragen wie digitale Technik, neue Berufsbilder und Prävention in der Arbeitswelt sei das Gebot der Stunde. „Das Instrument ‚Branchendialog‘ bietet hier eine interessante Option, allerdings sind entsprechende Förderprogramme und Aktivitäten bislang auf die klassischen Leitbranchen ausgerichtet.“

Michaela Evans, Arbeitsbeziehungen der Care-Arbeit im Wandel, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, WISO-Diskurs, 23/2016, 51 Seiten, ISBN 978-3-95861-614-1, [Download](#).

Materialien

Die Top 10 der Zukunftsliteratur

Die Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen (JBZ) in Salzburg sammelt und bewertet aktuelle Zukunftsliteratur vornehmlich des deutschen Sprachraums und stellt diese in ihrer Zeitschrift „pro ZUKUNFT“ vor. 140 aktuelle Titel werden jährlich analysiert. Mit den „Top 10 der Zukunftsliteratur“ hebt das aus Alfred Auer, Hans Holzinger und Walter Spielmann bestehende JBZ-Team die aus ihrer Sicht zehn wichtigsten Neuerscheinungen des vergangenen Jahres besonders hervor. Auf die Liste kommen nur Bücher, die gesellschaftliche Entwicklungen kritisch reflektieren und neue Zukunftsperspektiven eröffnen.

Die Top 10 der Zukunftsliteratur des Jahres 2016 wurde nach fünf Kriterien ausgewählt:

1. Gesellschaftliche Relevanz (Aktualität, Dringlichkeit)
2. Innovation (neue Ansätze, Originalität)
3. Lösungsvorschläge (konkrete Handlungsvorschläge, Beispiele)
4. Fakten (wichtige Daten) sowie
5. Lesefreundlichkeit (Zugang für breiteres Publikum, Lesevergnügen).

Die 10 ausgewählten Titel

- Jorgen Randers / Graeme Maxton: Ein Prozent ist genug: Mit wenig Wachstum soziale Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und Klimawandel bekämpfen (oekom, 22,95 €) [mehr](#)

- Georgios Zervas / Peter Spiegel: Die 1-Dollar-Revolution. Globaler Mindestlohn gegen Ausbeutung und Armut (Piper, 20,- €) [mehr](#)
- Paul Mason: Postkapitalismus - Grundrisse einer kommenden Ökonomie (Suhrkamp Insel, 26,95 €) [mehr](#)
- Oliver Nachtwey: Die Abstiegs-gesellschaft - Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne (Suhrkamp Insel, 18,- €) [mehr](#) (*Siehe hierzu die Rezension in der BFS-Trendinfo 11/16*)
- Juliet B. Schor: Wahrer Wohlstand. Mit weniger Arbeit besser leben (oekom, 19,95 €) [mehr](#)
- Byung-Chul Han: Die Austreibung des Anderen. Gesellschaft, Wahrnehmung und Kommunikation heute (s. Fischer, 20,- €) [mehr](#)
- Patrizia Nanz / Claus Leggewie: Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung (Wagenbach, 9,90 €) [mehr](#)
- Harald Welzer: Die smarte Diktatur. Der Angriff auf unsere Freiheit (S. Fischer, 19,99 €) [mehr](#)
- Branko Milanovic: Die ungleiche Welt - Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht (Suhrkamp Insel, 25,- €) [mehr](#)
- Johannes Schmidl: Bauplan für eine Insel. 500 Jahre Utopia (Verlag Sonderzahl, 14,- €) [mehr](#)

Wir wünschen Ihnen eine inspirierende Lektüre!

Die Bewertung der Bücher nach den fünf genannten Kriterien finden Sie [hier](#).

Impressum

Verlag/Herausgeber:

BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG
Wörthstraße 15-17

50668 Köln
Telefon 0221 97356-237
Telefax 0221 97356-479

www.sozialbank.de

Redaktion:

Susanne Bauer (v. i. S. d. P.), s.bauer@sozialbank.de, Eva
Richter

ISSN: 1869-7631
Erscheinungsweise: monatlich